

# «Harte Einschnitte nötig»

## Regierungschef Tschüscher plant 160-Mio.-Sparpaket bei Staatsausgaben

**VADUZ – Sozialstaat und Gemeindegassen werden in den nächsten fünf Jahren kräftig gestutzt. Angesichts des Rekorddefizits in der Staatskasse plant die Regierung ein 160-Mio.-Sparpaket.**

• **Johannes Mattivi**

Eine Randbemerkung von Regierungschef Klaus Tschüscher im gestrigen Landtag während der Debatte um das Gesundheitswesen liess aufhorchen. Erstmals nannte der Regierungschef konkrete Zahlen und Bereiche, in denen die Regierung in den nächsten fünf Jahren sparen will. Angesichts des Rekorddefizits von 180 Mio. Franken in der Staatskasse sprach Tschüscher von notwendigen «substanziellen Ein-

schnitten» hauptsächlich im Sozialbereich und bei den Gemeinden.

### **80 Mio. weniger für Soziales**

160 Mio. Franken weniger Ausgaben lautet das von Regierungschef Tschüscher als ehrgeizig, aber erreichbar bezeichnete Sparziel im Rahmen der Finanzplanung bis 2014. Erreicht werden soll das Ziel in vier Bereichen. Beim Personal- und Sachaufwand will der Staat jeweils 15 Mio. Franken einsparen, bei den Finanzzuweisungen an die Gemeinden im Rahmen des Finanzausgleichs werden Einschnitte von 50 Mio. Franken geplant. Als grösster Brocken sollen die staatlichen Beitragsleistungen an die AHV, die Krankenkassen und eventuell weitere soziale Einrichtungen

um 80 Mio. Franken gekürzt werden. Wie die Bevölkerung die Kürzungen beim Sozialstaat aufnehmen wird, bleibt noch abzuwarten. Einige vom «Volksblatt» angefragte Gemeindevorsteher knirschen angesichts der zu erwartenden Ausfälle von 50 Mio. Franken aber schon hörbar mit den Zähnen.

### **«Das gibt harte Verhandlungen»**

Am deutlichsten der Triesenberger Vorsteher Hubert Sele: «Aus Sicht der Gemeinden kann man das nicht einfach so hinnehmen. Triesenberg ist wie viele andere Gemeinden im Land auf den Finanzausgleich angewiesen. Das darf nicht geschmäler werden, sonst können wir nicht mehr investieren und das ist auch ein schlechtes Si-

gnal an die Wirtschaft.» Triesenberg versuche z. B. schon seit Jahren bei den laufenden Ausgaben zu sparen. Wichtig sei es, genau zu prüfen, welche Finanzkraft und welchen Finanzbedarf die jeweiligen Gemeinden hätten. Das bestätigt auch der Schellenberger Vorsteher Norman Wohlwend, dessen Gemeinde zu 70 Prozent auf den Finanzausgleich angewiesen ist. Wohlwend befürchtet ebenfalls Einschnitte bei Dienstleistungen und Investitionen der Gemeinde. Für Donath Oehri (Gamprin) und Fredy Kaiser (Mauren) ist klar, dass die Gemeinden einen Beitrag zur Defizitsanierung leisten müssen. Allerdings rechnen alle Vorsteher im kommenden Jahr mit harten Verhandlungen mit der Regierung.